

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 01.03.2005

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde bestätigt:

3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung

Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr

- Vermessung und Geodaten
- Bauordnung und Denkmalschutz
- Grünflächen
- Baukoordinierung

- Tiefbau und Straßenverkehr
- Stadtentwicklung und Stadtplanung

Vorlage: IV/2004/04603

4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. Anfragen von Stadträten
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 3 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung

Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr

Vorlage: IV/2004/04603

Protokoll:

Herr Funke erläuterte die Entwicklung der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes (Steuern, Finanzaufwendungen, Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb sowie den sonstigen Finanzeinnahmen) [Seite V 71] und die Entwicklung der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (Personalausgaben, sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Zuweisungen und Zuschüsse sowie sonstige Finanzausgaben [Seite V 82].

Frau Wolff bat, dass die Darstellung der Auswirkungen von Hartz IV auf den städtischen Haushalts mindestens 2 Tage vor der Sitzung, d. h. am 11.03.2005, den Fraktionen zugeleitet werden.

Zum allgemeinen Verfahren stimmten die Mitglieder des Ausschusses zu, Fragen zum Zentralen Gebäudemanagement sowie zu Reinigungskosten gebündelt in der Sitzung am 17.03.2005 zu behandeln.

Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr

Vermessung und Geodaten

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Bauordnung und Denkmalschutz

Herr Wehrich stellte folgenden Antrag:

Die Haushaltsstelle 1.6130.100000 – Verwaltungsgebühren – ist um 500 T€ zu kürzen, um die Haushaltswahrheit und –klarheit zu sichern.

Herr Dr. Hannuschka erläuterte, dass den Haushaltsansätzen meist Schätzungen zugrunde liegen. In der den Antrag betreffenden Haushaltsstelle habe er weniger als 5 % Einfluss auf die Einnahmehöhe.

Herr Dr. Meerheim unterbreitete folgenden Vorschlag:

Um den Zuschussbedarf des Unterabschnittes nicht um die kompletten 500 T€ zu erhöhen, schlug er vor, die Ausgaben in folgenden Bereichen zu reduzieren:

1.6130.603000 – sächlicher Aufwand für Leistungen durch Dritte – auf 450 T€;

1.6130.659000 – Ersatzvornahmen, Zwangsmaßnahmen – auf 250 T€.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Kürzung folgender Haushaltsstellen:

Einnahmen: 1.6130.100000 – Verwaltungsgebühren – um 500 T€,

Ausgaben: 1.6130.603000 – sächl. Aufwand für Leistungen durch Dritte – auf 450 T€,

1.6130.659000 – Ersatzvornahmen, Zwangsmaßnahmen – auf 250 T€.

Abstimmung:

mehrheitlich zugestimmt

Auf Anfrage erläuterte Herr Dr. Hannuschka, dass die Kosten des Mietspiegels, zu dessen Erstellung die Kommune verpflichtet sei, durch die Stadt übernommen werden, da den Unternehmen nicht zugemutet werden könne, für eine Sache, durch die sie evtl. benachteiligt werden (Einstufung der Wohnungen in eine nicht so gute Lage), finanzielle Mittel einzusetzen.

Grünflächen

Herr Schmoll erläuterte auf Anfrage, dass sich die Verwaltungsgebühren für öffentliche Anlagen (UA 5810) aufgrund der in der Stadtratssitzung am 23.02.2005 beschlossenen Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen um 15 T€ erhöhen.

Bezüglich der Verringerung der Haushaltsstelle 1.7500.171000 - Zuweisungen vom Land – erläuterte Herr Schmoll, dass es sich um eine haushaltsneutrale Veränderung handle. Der Verbrauch der Stadt werde gegenüber dem Land nachgewiesen und danach abgerechnet.

Herr Misch stellte folgenden Antrag:

Im Unterabschnitt 7500 – Friedhöfe – ist eine separate Haushaltsstelle mit finanziellen Mitteln in Höhe von 10 T€, gebunden für die Entfernung von Graffiti-schmierereien an Friedhofsmauern, zu bilden.

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass der avisierte Antrag verwaltungsintern geprüft wurde. Er bestätigte die Selbstverpflichtung der Verwaltung, eine selbständige Haushaltsstelle mit GD

Vermerk zur Entfernung von Graffiti-Schmierereien in Höhe von 15 T€ zu bilden. Die Deckung werde aus der Haushaltsstelle 1.7500.519000 – Unterhaltung sonstiger Anlage genommen.

Abstimmung zum Vorschlag der Verwaltung:

10 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Herr Heft bat, bis zur Abschlussberatung zu vergleichen und eine schriftliche Zuarbeit an den Ausschuss für Finanzen, ... zu übergeben, ob der Kauf oder Miete/Leasing des anzuschaffenden Friedhofsbaggers wirtschaftlicher sei.

Herr Schmoll führte bezüglich des UA 7720 – Hilfsbetrieb des Fachbereiches Grünflächen – aus, dass ursprünglich die Wärmedämmung des Gebäudes geplant war. Diese würde jedoch 25 T€ kosten. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurde diese Investition ohne Termin verschoben. Wie hoch die durch Wärmedämmung einzusparenden Heizkosten wären, konnte Herr Schmoll nicht ausführen, da ihm noch keine getrennten Abrechnungen des ZGM vorliegen.

Die Verwaltung wurde gebeten, bis zur Abschlussberatung eine Gegenüberstellung anzufertigen über die Heizlast des Gebäudes (UA 7720) jetzt und nach einer Wärmedämmung.

Mehrere Mitglieder mahnten die Weiterführung des Heizkostenkontraktings in der Verwaltung an und baten um eine Information über den Sachstand der Umsetzung.

Herr Misch führte aus, dass ihm aufgrund einer Anfrage eine Aufstellung der Kosten für die Betriebskosten des Jahres 2003, unterteilt nach Fachbereichen, sowie eine Gegenüberstellung der Heizlasten der Gebäude und der entsprechenden Heizkosten übergeben wurde. Er habe einen Besprechungstermin mit der Geschäftsleitung des ZGM und bot an, danach im Ausschuss zu berichten.

Herr Wehrich bat um Übergabe der Zuarbeit.

Einige Mitglieder regten an, dass die Verwaltung eine Aufstellung erarbeitet, in der wirtschaftliche Investitionen dargestellt werden, die aufgrund mangelnder finanzieller Mittel nicht durchgeführt werden können. Weiterhin wäre die Bündelung der Eigenmittel und die Verteilung nach wirklichen Prioritäten sinnvoller, als die Eigenmittel vorrangig an die Höhe der Fördermittel zu knüpfen. Die Anregungen wurden diskutiert. Die Mitglieder des Finanzausschusses erwarten diesbezügliche Diskussionen in den Fachausschusssitzungen vor der Sommerpause, um Einfluss auf die Haushaltsplanerstellung 2006 nehmen zu können.

Herr Funke erläuterte, dass er diese Diskussion sinnvoll finde. Er verwies jedoch auf die enormen Probleme im Vermögenshaushalt. Die zur Zeit geplante Kreditermächtigung in Höhe von 9,9 Mio. € sei für wichtige Vorhaben im Vermögenshaushalt eingeplant.

Herr Bönisch bat die Verwaltung um eine Einschätzung über die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes der Stadt Halle (Saale) in der derzeit vorliegenden Fassung, um über das weitere Vorgehen beraten zu können.

Baukoordinierung

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Tiefbau und Straßenverkehr

Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen, ob eine Erhöhung der Verwaltungsgebühren möglich sei. Besonders auffällig sei die enorme Sondernutzung der Leipziger Straße durch Werbeaufsteller.

Die Mitglieder bemängelten, dass das Verfahren der Mittelverwendung bzw. –änderung der Ansätze für die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze nicht durchschaubar sei, da 10 Unterabschnitte betroffen seien.

Herr Bönisch bat um einen Sachstandsvermerk über die geleisteten bzw. offenen Forderungen für die Straßenausbaubeiträge. Eine Verdeutlichung im Haushaltsplan wäre wünschenswert.

Herr Geuther bat um eine schriftliche Information, was mit den geplanten Mitteln der Haushaltsstelle 2.6300.361310 231 – Nebenanlage Industriestraße (Seite 432) – genau gemacht werden soll.

Herr Weihrich stellte folgenden Antrag:

Die in der Haushaltsstelle 2.6300959000-256 Planungsleistungen einer Saalebrücke im Süden von Halle zwischen Wörmlitz und Angersdorf im Höhe von 1.000.000 € sind zu streichen, da dieser 3. Saaleübergang lt. Gutachten keinen verkehrstechnischen Nutzen für die Stadt bringe. Fördermittel in Bundesverkehrswegeplan seien für dieses Projekt nicht eingestellt.

Herr Heft regte an, die vorliegende Verkehrsprognose mit Stand von 1998 zu aktualisieren – Ziel: Hochrechnung der Verkehrsströme auf 2006/2007, wenn alle Straße im Umland fertig gestellt sind. Er rechne mit zusätzlich ca. 70 Mio. € für die Anbindung der Straßen an die Brücke.

Frau Waldt wies darauf hin, dass die Mittel aus dem Verkauf der EVH-Anteile durch Stadtratsbeschluss für den 3. Saaleübergang gebunden seien. Sollte dieser nicht gebaut werden, müsse der Stadtratsbeschluss geändert werden.

Herr Heinz führte aus, dass die Mittel zur Zeit aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung der Sperre unterliegen. In der Jahresmitte sollte über das Projekt erneut diskutiert werden. Dann stehe auch fest, ob vom Ministerium Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bönisch sagte eine Prüfung zu, ob im Landeshaushalt für den 3. Saaleübergang Mittel eingestellt seien.

Ergebnis:

Wiedervorlage des Antrages nach Information von Herrn Bönisch.

Herr Bönisch bat um eine Auflistung der Projekte, für die noch keine Fördermittelbescheide vorliegen.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass die Fördermittel nicht immer für die Projekte ausgereicht werden, bei denen die Prioritäten der Stadt Halle (Saale) liegen. Die Förderstrukturen des Landes und der EU werden sich in den nächsten Jahren sehr verändern. Das Ziel der Verwaltung sei es immer, das Optimum für die Stadt zu erreichen.

Es wurde ausgeführt, dass es einen beschlossenen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr ca. 2000 gebe zur Öffnung der Kaiserslauterer Straße. Da diese Maßnahme Geld koste, avisierte die Stadtverwaltung einen Änderungsvorschlag, der bis jetzt noch nicht unterbreitet wurde. Die Verwaltung wurde gebeten, den Sachverhalt Öffnung Kaiserslauterer Straße zu prüfen.

Herr Heft stellte den Antrag:

Für den Neubau der Ampelanlage Südstadtring/Vezpremer Straße werden die erforderlichen Mittel für die Beschleunigungsmaßnahmen des ÖPNV eingestellt.

Ergebnis:

Die Verwaltung und die HAVAG wurden gebeten, eine Stellungnahme mit Begründung zum Antrag sowie einen Deckungsvorschlag bis zur Beratung am 17.03.2005 zu übergeben. Wiedervorlage zur Abschlussberatung.

Bezüglich der Parkeinrichtungen (UA 6800) wurde die Verwaltung gebeten, bis zum 17.03.2005 eine Vorlage zu erstellen, welche Parkplätze in 2005 geschaffen werden könnten und wie hoch die notwendigen Kosten seien.

Da die Amortisation dieser Kosten recht schnell erreicht werde, könnte die dringend notwendige Schaffung von Parkplätzen mit einem Beitrag der Haushaltskonsolidierung gekoppelt werden.

Da von der Verwaltung Bedenken bezüglich der Genehmigungsfähigkeit (Neubeginn) angemeldet wurden, baten die Mitglieder, evtl. die Alternativen des Mietkaufs der Automaten bzw. die komplette Ausschreibung an einen Dritten und Rückgabe nach einer gewissen Zeit mit zu überprüfen.

Herr Heft bat um einen Sachstandsbericht zur Sanierung des Schachtgrabens.

(19:40 Uhr - Herr Prof. Ehrler verließ die Sitzung.)

Herr Geuther bat für die Sitzung am 17.03.2005 um eine schriftliche Stellungnahme, wie realistisch die Ansiedlung eines Investors auf dem Gelände des Industrieparks Ammendorf – Werk 1 sei.

(19:45 Uhr – Herr Bönisch verließ die Sitzung.)

Stadtentwicklung und –planung

Frau Grimmer erläuterte, dass sich die Kosten der Haushaltsstelle 1.7920.715300 – Ausgleich verbundbedingter Belastungen – aufgrund des Vertrages mit dem MDV erhöhen.

Herr Dr. Pohlack sagte eine Überarbeitung der Höhe der eingestellten Mittel (UA 7920) für die Zuweisung des Landes zu (Termin 17.03.2005).

Allgemeines

Herr Dr. Meerheim schlug vor, in der Woche vom 04. – 07.04.2005 eine Sondersitzung durchzuführen, in der die Haushaltskonsolidierung und die Finanzplanung beraten sowie die Beschlussempfehlung an den Stadtrat abgegeben werde.

Es wurde verabredet, dass Fragen an die Verwaltung zur Thematik Haushaltskonsolidierung so schnell wie möglich an Frau Beßler zur Weiterleitung an die entsprechenden Geschäftsbereiche übergeben werden, um die Beratungsprozedur zu verkürzen. Damit erklärten sich die Mitglieder einverstanden.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5 Anfragen von Stadträten

zu 6 Beantwortung von Anfragen

zu 7 Anregungen

zu 8 Mitteilungen

Protokoll:

Zu den Tagesordnungspunkten 4 – 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender
des Ausschusses

Dieter Funke
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Referentin
Protokollantin